

tratte stehen, und daß die Verbreitung neuer konservativer Blätter mit den größten Schwierigkeiten verknüpft ist. So wurde denn die große Masse des Volks, zumal alle diejenigen, welche nur an öffentlichen Orten politische Blätter zu lesen pflegen, fast ausschließlich mit jener demokratischen Nahrung erfüllt; ein ausklärendes Wort im Sinne der Regierung dagegen konnte fast niemals zu ihnen dringen.

Diesem Uebel hat die gegenwärtige Regierung abzuhelpen gesucht, indem sie die ihr zu Gebote stehenden amtlichen Blätter zu Mittheilungen über öffentliche Angelegenheiten benutzte.

Zuvörderst ist eine Umgestaltung der Kreisblätter bewirkt worden, welche großen Theils den Inhalt der „Provinzial-Korrespondenz“ regelmäßig abdrucken. Neuerdings aber sind auch die Amtsblätter ihrer ursprünglichen Bestimmung gemäß zu „Belehrungen über öffentliche Angelegenheiten“ benutzt worden.

Auf diesem Wege ist es der Regierung gelungen, ihre Auffassungen und Absichten in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten wenigstens überall zum Ausdruck zu bringen. Gegenüber den zahllosen größeren und kleineren Blättern, welche die Bestrebungen der Regierung in allen Beziehungen unablässig zu verdächtigen und zu verleumden suchen, ist zum ersten Mal eine Regierungspresse geschaffen, welche in alle Schichten des Volkes dringt und jenen Verdächtigungen entgegenwirkt.

Mit Recht durfte daher der Minister des Innern sagen: früher seien die Gegner der Regierung fast allein im Besitze der Presse gewesen, jetzt sei die Regierung im Mitbesitze derselben.

Es ist nun sehr erklärlich, daß die Demokraten auf die neue Einrichtung, durch welche sie aus der Alleinherrschaft in der Presse verdrängt worden, sehr schlecht zu sprechen sind. Zwar behaupten sie, alle jene Mittheilungen und Belehrungen durch die Amts- und Kreisblätter helfen der Regierung doch zu Nichts, weil dieselben entweder nicht gelesen oder doch nicht beachtet werden. Aber in Wahrheit wissen sie recht gut, daß dem nicht so ist, — daß vielmehr jene Kundgebungen, gerade weil man in denselben den wirklichen Ausdruck der Regierungs-Meinungen erkennt, bei einem großen Theile des Volkes die gebührende Beachtung finden und voraussichtlich in immer steigendem Maße finden werden. So zuversichtlich man mit Worten alle Wirkung jener Aufsätze wegzuleugnen sucht, so sind doch die Anstrengungen, welche die Fortschrittspartei von der Hauptstadt aus und in den Provinzen gegen die neue Regierungspresse machen zu müssen glaubt, der beste Beweis, daß ihr die Wirkung derselben keinesweges so gleichgültig oder unerheblich erscheint.

So ist denn auch nicht zu verwundern, daß die Fortschrittspartei im Abgeordnetenhaus dem Vorgehen der Regierung gern Hindernisse bereiten möchte. Auf dem Boden des Gesetzes freilich ist dies nicht möglich; denn die Regierung hat von einem unbestreitbaren Rechte Gebrauch gemacht, ja sie erfüllt mit der Ausführung einer ausdrücklichen Gesetzesbestimmung zugleich lediglich ihre Pflicht gegen die Krone und gegen das Land.

So mußten denn die Angriffe anscheinend nicht gegen die Maßregel an und für sich, sondern gegen die Art der Ausführung gerichtet werden.

Man suchte aus den Amtsblatt-Aufsätzen einen heraus, welcher den Beweis liefern sollte, daß die Regierung bei den amtlichen Besprechungen die gebührende Rücksicht auf das Abgeordnetenhaus bei Seite setze. Man behauptete, dieser Aufsatz enthalte Schmähungen gegen das Abgeordnetenhaus, ohne daß jedoch irgend Jemand im Hause den Versuch gemacht hätte, diese Anschuldigung auch nur in einem Stücke zu beweisen.

Jede unbefangene und billige Betrachtung des in Rede stehenden Aufsatzes muß zu der Ueberzeugung führen, daß derselbe Satz für Satz thatsächliche Wahrheit enthält, und daß auch in den Ausdrücken desselben nicht bloß die Schranken des Strafgesetzes, sondern, wie es sich bei Besprechungen in einem amtlichen Blatte ziemt, und wie es der Minister des Innern als leitenden Gesichtspunkt ausdrücklich anerkannt hat, auch die Anforderungen der Sitte durchaus beobachtet sind. Wenn in dieser Sache von Schmähungen die Rede sein soll, so sind dieselben nicht in den amtlichen Erörterungen, sondern in den gegen diese erhobenen Anschuldigungen einzelner Redner zu finden.

Zweiterlei wird sich aus den bezüglichen Vorgängen im Abgeordnetenhaus leicht nachweisen lassen.

Erstens: wenn die Kommission und das Haus aus allen Amtsblatt-Artikeln keinen schlimmeren, als den erwähnten, herauszufinden gewußt haben, so ist dies der glänzendste Beweis dafür, wie maßvoll und rücksichtsvoll die Haltung derselben im Allgemeinen ist; —

Zweitens: wenn diese Artikel, wie das Abgeordnetenhaus vorgiebt, wirklich den Vorwurf der Schmähung verdienen, so wäre kein demokratisches und selbst kein liberales Blatt in ganz Preußen zu finden, das nicht, nach solchem Maßstabe gemessen, jeden Tag wegen Schmähung verfolgt werden müßte.

Wollte die Regierung den Oppositionsblättern gegenüber den Maßstab anlegen, welchen das Haus bei der Beurtheilung des Amtsblatt-Artikels aufgestellt hat, so könnte sie die gesammte gegnerische Presse sehr rasch mundtot machen.

Es ist aber zu bezweifeln, daß das Abgeordnetenhaus denselben Maßstab auch dann würde gelten lassen wollen.

Se. Majestät der König begiebt sich am 8. früh zur Theilnahme an der Jubelfeier von Neu-Vorpommern und Rügen nach Stralsund; unterwegs wird Se. Majestät in Prenzlau, Pasewalk und Greifswald Truppenbesichtigungen halten, Mittags um 1 Uhr in Stralsund eintreffen, nach Abhaltung einer Parade der kirchlichen Feier beiwohnen. Nachmittags findet das Diner statt, welches die Stände von Neu-Vorpommern und Rügen Sr. Majestät geben, Abends ein Festball im Rathhause. Am 9. begiebt sich der König nach Putbus, am 10. nach Stubbenkammer, am 11. von Putbus über Wolgast nach Berlin zurück.

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg wird Se. Majestät begleiten, — wenn es die Verhältnisse gestatten, auch der Präsident des Staatsministeriums Herr von Bismarck.

In den Zeitungen ist von einer bevorstehenden Reise des Königs nach Kiel die Rede; diese Nachricht ist jedoch völlig unbegründet.

(Das militairische Oberkommando in den Elberzogthümern), welches bisher der General Herwarth von Bittenfeld führte, ist von Sr. Majestät dem Könige dem General-Adjutanten und bisherigen Chef des Militair-Kabinetts, General-Lieutenant Freiherrn von Manteuffel, übertragen worden.

Rede des Ministers des Innern in Betreff der Amtsblätter.

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg hat die Angriffe des Abgeordnetenhauses gegen die politischen Artikel der Amtsblätter mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Derselbe sprach zuvörderst aus, daß keiner der amtlichen Artikel gegen das Strafgesetz verstoßen habe, aber er fügte alsbald hinzu, daß dies seiner eigenen Ueberzeugung nach nicht genug sei. Wenn die Regierung amtliche Aufsätze veröffentlichen lasse, so müssen dieselben mit besonderer Vorsicht abgefaßt sein. Das Gesetz der Sitte müsse hier mehr entscheiden, als die Furcht vor möglicher Anwendung des Strafgesetzes. Von diesem Gesichtspunkte sei die Regierung von vornherein ausgegangen, und wenn einer oder der andere Amtsblatt-Artikel den Ton vielleicht noch etwas verfehlt habe, so sei darauf alsbald aufmerksam gemacht worden.

Wenn nun aber das Abgeordnetenhaus der Regierung überhaupt die Befugniß bestreiten wolle, die Amtsblätter zu solchen Be-